

„Wir müssen das Gesetz anwenden“: Der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs verteidigt den Haftbefehl für Netanyahu

Gegenüber der BBC, sagte Karim Khan er sei von mehreren Staaten gewarnt worden, dass der Beschluss eine „Atombombe“ sein würde.

middleeasteye.net, 05.09.24

Der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) hat erklärt, dass sein Antrag auf Haftbefehl gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu notwendig ist, um zu verdeutlichen, dass das Gericht „nicht nur ein Machtinstrument“ ist.

„Wir müssen das Recht auf gleiche Weise anwenden, denn wenn wir das nicht machen, (...) werden wir die gesamte Architektur verlieren, und zwar nicht nur die des Internationalen Strafgerichtshofs, der aufgrund menschlichen Leids seit Nürnberg [seit den Nürnberger Prozessen] aufgebaut wurde.“

Im Mai erklärte Karim Khan, er habe einen Antrag auf Verhaftung von israelischen und Hamas-Führern wegen ihrer Rolle bei mutmaßlichen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des israelischen Krieges gegen den Gazastreifen und des von der Hamas geführten Angriffs auf Südisrael am 7. Oktober gestellt. Der Antrag auf Erlass der Haftbefehle muss noch von den Richtern verabschiedet werden.

Gegenüber Nick Robinson von der BBC sagte Khan, dass er von mehreren Staaten und Behörden gewarnt worden sei, dass sich der Schritt als „Atombombe“ erweisen würde, aber dass er notwendig sei, um zu zeigen, dass alle Nationen in Bezug auf angebliche Kriegsverbrechen nach demselben Standard behandelt werden.

„Man kann nicht eine Vorgehensweise für Länder verfolgen, in denen es durch die Nato, durch Europa [und] durch mächtige Länder Unterstützung für diese gibt, und ein anderer Ansatz, bei dem die Zuständigkeit klar geregelt ist“, sagte Khan zu Robinson.

„Wenn Menschen in Bunkern sind und Bomben über sich hören, wenn Menschen mit Plastiktüten über internationale Grenzen kommen ... egal ob von der Ukraine nach Polen oder von Darfur in den Tschad – wir müssen das Gesetz anwenden.“

Auf Robinsons Frage, ob es sich bei diesem Schritt um eine politische Entscheidung handle und nicht um eine rechtliche, antwortete Khan: „Was wir tun, ist das Gegenteil von Politik, es geht um die gleiche Anwendung des Gesetzes, unabhängig davon, ob man von den einen Beifall erhält, oder von den anderen lautstark verurteilt wird.“

Khan wies darauf hin, dass dieselben Politiker, die die Entscheidung des Gerichts, einen Haftbefehl gegen Wladimir Putin zu erlassen, begrüßt hatten, dasselbe Vorgehen gegen die israelische Führung verurteilt haben.

„Wir müssen das Recht auf gleiche Weise anwenden, denn wenn wir das nicht machen und – was noch wichtiger ist – wenn festgestellt wird, dass wir es nicht machen, werden wir die gesamte Architektur verlieren, und zwar nicht nur die des Internationalen Strafgerichtshofs, der aufgrund menschlichen Leids

seit Nürnberg [seit den Nürnberger Prozessen] aufgebaut wurde.

Karim wies auch die von Netanjahu gegen ihn erhobenen Antisemitismusrückwürfe zurück: „An diesem

Vorwurf ist kein Gramm, kein Jota, kein Fünkchen Wahrheit“. „Unsere Aufgabe ist es, das Gesetz anzuwenden und uns nicht von diesen billigen Angriffen oder Kritik, die offensichtlich falsch sind, abhalten zu lassen“, fügte er hinzu.

Quelle:

<https://www.middleeasteye.net/news/we-need-apply-law-icc-chief-prosecutor-defends-netanyahu-arrest-warrant>

Übersetzung: M. Kunkel, pako – palaestinakomitee-stuttgart.de